

Antrag der Fraktion der FDP

Für eine neue Gründerkultur in Bremen und Deutschland!

Die Bundesrepublik Deutschland hat in Sachen Gründerkultur und Rahmenbedingungen für Gründerinnen und Gründer Aufholbedarf. Neben der bundesrepublikanischen Bürokratie, die die Entwicklung einer ausgeprägten Gründerkultur im Keim erstickt, haftet an einem Gründer, der im Erst-, Zweit- oder Drittversuch nicht erfolgreich war, das Stigma des Scheiterns. Dabei wird verkannt, dass dieses gesellschaftliche Klima, in dem Scheitern nicht erlaubt ist, Gründungsvorhaben nachhaltig blockiert.

Gründungsvorhaben sind mehr als nur ein Notnagel in schlechten Zeiten: Sie bieten Chancen für ein wirtschaftlich selbstbestimmtes Leben und das Verwirklichen individueller Ideen. Sie schaffen Arbeitsplätze und leisten einen wertvollen Beitrag zur wirtschaftlichen Prosperität in Deutschland und Bremen. Angesichts der Rohstoffarmut ist es für den Erhalt des hohen Wohlstandsniveaus in Deutschland und Bremen essentiell, dass Innovation und Fortschritt unterstützt werden.

Bremens Existenzgründungsintensität hat in den vergangenen Jahren abgenommen. Nach Angaben des Instituts für Mittelstandsforschung in Bonn ist die Zahl der Existenzgründungen je 10.000 Erwerbstätigen von 84,3 im Jahr 2013 auf 65,6 im Jahr 2015 zurückgegangen. Das ist der höchste Rückgang unter allen Bundesländern.

Auch im hochinnovativen Bereich gibt es Raum für Verbesserung. So haben laut Angaben des 3. Deutschen Startup Monitors lediglich 0,3 Prozent aller Startups ihren Hauptsitz in Bremen. Berlin (31,1 %), Hamburg (8,3 %) und München (11,5 %) sind Bremen um einiges voraus. Bedenkt man, dass Bremen etwa 0,7 Prozent der Gesamtbevölkerung beherbergt und nach Hamburg die zweitgrößte Wirtschaftskraft pro Kopf besitzt, wird deutlich, welches Entwicklungspotential in Bremen schlummert.

Voraussetzungen für eine gute Gründerkultur in Bremen und Deutschland sind ein sehr gutes Bildungssystem, welches die Kinder und Jugendlichen optimal auf ein Leben nach der Schule vorbereitet, eine gute Hochschullandschaft, die den Technologietransfer in die Wirtschaft unterstützt, und gute Rahmenbedingungen, die mutigen Menschen die Unternehmensgründung so leicht wie möglich machen.

Gute Rahmenbedingungen sind vor allem weniger Bürokratie und weniger unnötige Regelungen. Das Gründen eines Unternehmens ist auch in Deutschland in einer Garage zu ermöglichen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

- I. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, folgende Maßnahmen in Bremen durchzuführen und der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen binnen zwei Jahre Bericht zu erstatten:
 1. Die Einrichtung eines Startup-Culture-House in Bremen als zentrale Anlaufstelle für Gründungsvorhaben unter Beachtung folgender Gesichtspunkte:
 - In dem Startup-Culture-House sollen alle Hilfen, Beratungs- und Unterstützungsangebote zentral in einem Gebäude gebündelt werden.
 - Vorbild könnte das betahouse hamburg oder die Factory Berlin sein. Ein möglicher Ort in Bremen wäre der Lloydhof.
 - Bei der Konzeption sind möglichst schon erfolgreiche Gründer zu beteiligen, die idealerweise bereit sind, als „Anker-Gründer“ in dem Gebäude aufzutreten.
 - Die Gründer für das Startup-Culture-House sind in einem Auswahlverfahren zu bestimmen und sollten zur Gemeinschaft passen. Für sie darf nicht das kostengünstige Büro im Mittelpunkt stehen.
 - Die Gründer sollen dabei durch ein Team im Haus eng bei der Entwicklung ihres Produktes begleitet werden, etwa durch die Fachkräfte beim RKW.
 2. In den Schulen des Landes Bremen einen anderen Umgang mit Wirtschaft und Gründungen auf die Tagesordnung zu setzen. Dabei sind mehr Wirtschaftsinhalte in die Klassenzimmer zu bekommen und mehr Kinder und Jugendliche für die Existenzgründung zu begeistern.
 3. Eine umfangreiche, externe wissenschaftliche Untersuchung über Startup- und Existenzgründer in Bremen in Auftrag zu geben, die dabei auch den Fokus auf den Vergleich mit anderen Bundesländern legt.
 4. Eine Überprüfung aller bürokratischen Maßnahmen, die Existenzgründer in Bremen belasten, durchzuführen und Vorschläge zur Senkung Bremischer Bürokratie zu erarbeiten.
- II. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich für folgende Maßnahmen über eine Bundesratsinitiative einzusetzen, gegebenenfalls in Bremen die Voraussetzungen zu schaffen sowie der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen binnen eines Jahres Bericht zu erstatten:
 1. Für die Geschäftsfähigkeit von neugegründeten Unternehmen innerhalb eines Arbeitstages, insbesondere auch für eine GmbH.
 2. Für ein bürokratiefreies erstes Jahr für Existenzgründer. Die Anmeldung des Gewerbescheins sollte ausreichen.
 3. Für die Anhebung der Grenzen bei Buchführungs- und ähnlichen Pflichten für junge und kleine Unternehmen.
 4. Für die Abschaffung der Mindestlohndokumentationspflicht in den ersten 24 Monaten.

5. Für die Abschaffung der monatliche Umsatzsteuervoranmeldungspflicht für Existenzgründer in den ersten 24 Monaten.
6. Für die Aussetzung der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge und Rückkehr auf die Fälligkeit am 10. Tag des Folgemonats; das halbiert die Abrechnungskosten und erhöht die Liquidität insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen.
7. Für die Beseitigung von steuerlicher Benachteiligung von Eigenkapital gegenüber Fremdkapital insgesamt.
8. Für die sofortige steuerliche Absetzbarkeit von Wagniskapital-Investitionen privater Geldgeber.
9. Für die Begünstigung der Beteiligung von Mitarbeitern an jungen Unternehmen, um sie einfacher am Unternehmen beteiligen zu können.
10. Für die allgemeine Verkürzung der steuerlichen Aufbewahrungspflichten auf fünf Jahre. Das ist immer noch ausreichend für eine effiziente und moderne Steuerverwaltung.

Lencke Steiner und die Fraktion der FDP